

Die bundesdeutsche und bundesgeförderte Ost(europa)forschung zwischen wissenschaftlichen und politischen Ansprüchen

THEKLA KLEINDIENST, ROSTOCK

Die Entwicklung der deutschen Ost(europa)forschung ist seit jeher sowohl politischen als auch wissenschaftlichen Konjunkturen ausgesetzt gewesen. Über ihre besondere Prägung während des Nationalsozialismus ist in den zurückliegenden Jahren hinlänglich publiziert worden.¹ In der nachfolgenden Skizze soll deshalb der Frage nachgegangen werden, inwiefern die bundesrepublikanische Ost(europa)forschung von politischen und wissenschaftlichen Tendenzen betroffen war. Die Frage der Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 wird dabei nicht im Mittelpunkt stehen.² Als zeitlicher Hintergrund der Betrachtung werden der Kalte Krieg, die Entspannungsphase und der Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt in den 80er/90er Jahren gewählt; damit wird nicht behauptet, dass nicht auch regional begrenzte politische Ereignisse Auswirkungen auf die Entwicklung der Ost(europa)forschung hatten. Um die Veränderungen der Kommunikation auf politischer und wissenschaftlicher Ebene deutlich zu machen, soll anhand einiger konkreter Aspekte gezeigt werden, inwieweit im Laufe der bundesrepublikanischen Geschichte die wissenschaftlichen und politischen Zielsetzungen der außeruniversitären und bundesgeförderten Ost(europa)forschung zusammengewirkt haben oder in Gegensatz zueinander standen.

In der Phase der Neugründung der bundesrepublikanischen Ost(europa)forschung ging es zunächst um die Wiederbelebung der Forschungslandschaft als solche. Es waren gerade die Ostforscher der Zeit vor 1945, die sehr schnell mit konkreten Plänen hervortraten. Hermann Aubin beispielsweise äußerte schon auf dem Deutschen Historikertag 1949, dass er eine dreigliedrige Struktur der bundesdeutschen außeruniversitären Forschung für am besten geeignet halte. Danach sollte sich ein Institut der nord- und ostdeutschen Gebiete annehmen (Herder-Institut Marburg), ein zweites sollte sich dem Raum Osteuropa im engeren Sinne, also Russland, widmen (Osteuropainstitut München), und schließlich ein drittes für

den südosteuropäischen Raum zuständig sein (Südostinstitut München).³ Weil Hermann Aubin mit großem Nachdruck auftrat und über sehr gute Kontakte zu politisch Verantwortlichen verfügte, stießen seine Vorstellungen auf große Resonanz. Dies mag dazu beigetragen haben, dass die politisch Zuständigen dieser Dreigliedrigkeit nicht nur zustimmten, sondern sie sich sogar ganz zu eigen machten.⁴ Mit dieser Struktur konnten mehrere Anliegen von Wissenschaftlern und Politikern gleichermaßen erfüllt werden. Einerseits ging es um das klare politische wie wissenschaftliche Ziel, die Zugehörigkeit der verloren gegangenen Ostgebiete zu Deutschland wissenschaftlich zu belegen.⁵ Zudem hatte man an die hohe Zahl der aus den Ostgebieten Vertriebenen zu denken, deren Kulturgüter es zu schützen galt und deren Wählerpotential genutzt werden musste. Dafür sollte die nord- und ostdeutsche Forschung zuständig sein. Andererseits musste man der stärker gewordenen Rolle der Sowjetunion Tribut zollen. Die Begründung einer relativ selbständigen Südosteuropaforschung allerdings war in Zeiten des Ostblockdenkens mitunter schwerer zu erreichen.

Grundsätzlich war es von großem Vorteil, dass die Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Politikern auf direktem persönlichem Wege erfolgte. Persönliche Bekanntschaften aus früheren Zeiten erleichterten oft den Zugang zu nötigen finanziellen Quellen. Für den weiteren Verlauf der Entwicklung erwies sich die dadurch verursachte, mitunter zufällige Ressortanbindung der Institute allerdings als erschwerend. Kennzeichen dieser ersten Phase der bundesrepublikanischen Ost(europa)forschung war, dass sich mit ihrer Entwicklung vor allem hochrangige Beamte der Ministerialverwaltung beziehungsweise hochrangige politische Entscheidungsträger befassten. So war es Konrad Adenauer, der seine Zustimmung zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) gab und der auch dem Südostinstitut in München positiv gesonnen war.⁶

Willy Brandt trat lange vor dem Beginn seiner Kanzlerschaft für den Ausbau der Ostforschung mit vereinzelt Äußerungen, aber auch mit seinem vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages am 18.2.1957 gehaltenen Bericht hervor.⁷ Im Falle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen wurde häufig mit dem Minister Jakob Kaiser und dem Staatssekretär Franz Thedieck selbst verhandelt.⁸ Auch andere politische Instanzen wie der Deutsche Bundestag und einzelne seiner Ausschüsse, insbesondere der Auswärtige Ausschuss, der Bildungsausschuss und der Haushaltsausschuss waren mit der Ostforschung und Ostkunde befasst.⁹ Die Gründung des Collegium Carolinum beschäftigte den Bayerischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Hoegner höchstpersönlich. Politische Aufmerksamkeit wurde der Ost(europa)forschung also nicht ausschließlich von Seiten des Bundes, sondern auch von Seiten der Bundesländer zuteil, allen voran vom Bundesland Bayern, das seit jeher einen gewissen Führungsanspruch auf dem Feld der Ost- und Südosteuropaforschung gestellt hatte. Allerdings bedeutete dieses Bestreben im Umkehrschluss nicht, dass Bayern bereitwillig große finanzielle Summen aufbrachte, und daher traten nicht selten Verstimmungen zwischen dem Bund und Bayern auf.¹⁰

Einen Angelpunkt dieser Anfangsphase bildete die Diskussion zur Funktion der Ost(europa)forschung als Politikberatungsinstrument. Im Grunde waltete auf politischer wie auf wissenschaftlicher Seite zunächst große Vorsicht. Es wurde durchaus darauf hingewiesen, dass sich die Ost(europa)forschung nicht für politische Zwecke einspannen lassen dürfe, insbesondere wegen ihrer zweifelhaften Rolle im Nationalsozialismus. Allerdings wollten die Forscher selbst doch auch einen Beitrag zur großen Bedeutung der abgetrennten Ostgebiete für Deutschland leisten.¹¹ Die Politik ihrerseits konnte nur jene Arbeitsergebnisse sinnvoll verwerten, die dem politischen Kurs nicht entgegensteuerten.¹² Verbunden hiermit ist die eindeutige ideologische Instrumentalisierung der bundesdeutschen Ost(-europa)-forschung. Die Staaten des Ostblocks wiederum investierten in eine Forschung, die sich mit der „imperialistischen Ostforschung“ befasste.¹³ Zudem war dieser Teil Europas in seiner politischen und gesellschaftlichen Verfasstheit weiter von den demokratischen westlichen Ländern abgerückt als zuvor. Dies sorgte für Unbehagen und Befremden auf bundesrepublikanischer Seite, so dass es notwendig schien,

den ideologischen Feind im Osten wissenschaftlich zu erforschen.¹⁴ Die Investition in die außeruniversitären Institute, die größtenteils über die Institution selber oder aber doch zumindest durch ihren Mitarbeiterstab über weiter zurückreichende Traditionen verfügten, schien aus diesen Gründen allemal lohnenswert – politisch wie wissenschaftlich.

Welche Elemente dieses in der Phase der Wiederbegründung begründeten Konsensus verloren in Zeiten neuer politischer Vorzeichen, in der Phase des internationalen Tauwetters, zunehmend in der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik an Geltung? Die Haltung der Politik wie der Wissenschaft gegenüber den bis dato gängigen Forschungsinhalten wandelte sich grundlegend. Die Vertriebenenforschung schien nun im Zuge der entspannungspolitischen Tendenzen politisch unkorrekt, da sie im Verdacht stand, den Gang der Verhandlungen über die ehemaligen Ostgebiete zu beeinträchtigen. Aus einer Förderung derartiger Forschungen konnte kein politischer Ertrag mehr gezogen werden. Vielmehr ging es darum, die Bedeutung der Ost(europa)forschung international zu marginalisieren.¹⁵ Eine Forschung, die sich unter anderem mit der Revision der deutschen Ostgrenze auseinandersetzte, stand unter den nun aktuellen politischen Vorzeichen nicht mehr auf der Tagesordnung. Gefragt waren Untersuchungen, welche die Staaten des sowjetischen Einflussbereichs als selbständige Subjekte, nicht mehr als Objekte der deutschen Geschichte betrachteten. Der kulturelle und wirtschaftliche Dialog hatte ebenso wie der politische an Bedeutung gewonnen.

Zwar brach sich auch in wissenschaftlichen Kreisen mitunter die Erkenntnis Bahn, dass die neuen politischen Konstellationen nicht spurlos an der Ost(-europa)-forschung vorbei gehen würden.¹⁶ Dennoch hielten die Forschungseinrichtungen im Großen und Ganzen mit der politischen Entwicklung thematisch und institutionell, nicht Schritt, zumindest aus politischer Sicht. Darüber hinaus fiel diese Umorientierung zusammen mit einem generellen Bestreben nach Umorganisation der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik. Im Falle der durch Bundesmittel unterstützten Ost(europa)forschung wurde 1974 ein Gutachten „Zur Lage der bundesgeförderten Osteuropaforschung“ des Bundesrechnungshofs veröffentlicht, welches als ein Ergebnis der seit Ende der 60er Jahre einsetzenden Bestrebungen nach Rationalisierung und Effektivierung der Politikberatung angesehen werden kann.

Eine im Jahre 1969 durchgeführte Umfrage unter den Ressorts zum Bedarf nach Ergebnissen der Ost(europa)forschung zeigte, dass ein allgemeines Interesse durchaus gegeben war, welches sich allerdings nur selten in konkreten Forschungsaufträgen widerspiegelte.¹⁷ Damit wurde ein Dilemma offenbar. Die Ressorts förderten Institute, deren Arbeitsfelder keine konkreten Beiträge zur täglichen politischen Arbeit erwarten ließen. Auf persönliche Kontakte konnte wegen des Ausbaus der Ministerialstruktur und Wissenschaftslandschaft, aber auch wegen personeller Wechsel nicht mehr gebaut werden. Folglich schien es ratsam, den Modus der Kommunikation zu reformieren. Das Gutachten sah hierfür eine institutionalisierte Form vor. Zwar wurde schon 1953 auf wissenschaftlicher Seite ein Koordinationsausschuss deutscher Osteuropainstitute ins Leben gerufen, der alle bundesgeförderten Institute verband. Nach Erscheinen des Gutachtens wurde der Koordinationsausschuss grundlegend reformiert und auf politischer Seite in Form des Interministeriellen Ausschusses für Osteuropaforschung ein Pendant gegründet. Als Scharnier beider Institutionen wurde beim Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BIOST) in Köln das Ständige Sekretariat eingerichtet. Dieses sollte Forschungsvorhaben der Institute koordinieren sowie die Kommunikation zwischen den bundesgeförderten Instituten und den sie fördernden Ressorts ermöglichen. Es war außerdem zuständig für die Herausgabe eines Informationsblatts, welches vor allem Forschungsvorhaben und Publikationen ankündigen sollte. Die in der Wiederbegründungsphase noch ausgeprägte Vorsicht gegenüber wissenschaftlicher Politikberatung schwand damit grundsätzlich und verkehrte sich ins Gegenteil. Mit diesen Maßnahmen verbunden war freilich das deutlich ausgesprochene Ziel der Mittelsparungen. Einerseits sollten die Bundesländer stärker in die Finanzierungspflicht genommen werden, andererseits sollten Bundesgelder nur noch dann fließen, wenn die Arbeit der Institute Ressortaufgaben entsprach.

Die Entwicklung in den 90er Jahren ist aus diesem Blickwinkel eine Zuspitzung der schon in den 70er Jahren hervortretenden Tendenzen. Hervorgerufen durch die Umwälzungen im Osten Europas wurde das Motiv der Erforschung des ideologischen Gegners endgültig ad acta gelegt. Die Osteuropaforschung im allgemeinen und ihre Strukturen schienen nicht mehr zeitgemäß. Ein neues „Gutachten über die Koordi-

nierung und Rationalisierung der Aktivitäten des Bundes im Bereich der Ostforschung“ des Bundesrechnungshofes von 1996 brachte auch jetzt die nötige Rechtfertigung für die vorgesehenen Umstrukturierungen. Das als Kind des Kalten Krieges unter anderem zum Zweck der Erforschung des Marxismus-Leninismus gegründete BIOST wurde mit der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen (SWP) sowie der gegenwartsbezogenen Abteilung des Südostinstituts München zusammen gelegt. Mit der neu strukturierten Stiftung Wissenschaft und Politik (Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit) in Berlin wurde ein funktionsfähiges Politikberatungsinstrument in Regierungsnähe geschaffen. Fragen der ideologischen Auseinandersetzung sind ebenso obsolet geworden wie Forschungen zum sozialistischen Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem. Hinzu kam, dass nicht selten die Auffassung vertreten wurde, dass die inzwischen stark ausdifferenzierte Ministerialverwaltung ausreichend eigene Experten bereit halte.¹⁸ Die Herausforderungen der Wende für die deutsche Osteuropaforschung wurden auch wissenschaftsintern heftig debattiert.¹⁹ Durch die Prozesse der EU-Osterweiterung erhält die Diskussion neue Dimensionen.²⁰

Angesichts dieser Situation stellt sich die eingangs aufgeworfene Frage nach dem jeweiligen Pendelausschlag in Bezug auf das Zusammen- oder Entgegenwirken der politischen und osteuropawissenschaftlichen Ziele. Anfangs dominierte eher Einmütigkeit zwischen beiden Bereichen hinsichtlich der institutionellen Struktur und der Forschungsinhalte. Impulse kamen vor allem von wissenschaftlicher Seite, wurden aber von politischer Seite bereitwillig aufgenommen. Differenzen traten auf hinsichtlich der Höhe der zu vergebenden Gelder und einer beabsichtigten oder unbeabsichtigten Politisierung der Wissenschaft. Seit Ende der 60er Jahre waren es vor allem die Politiker, die ihrem Unmut über die Entwicklung von Inhalten und Struktur der Osteuropawissenschaften Luft machten. Aufgabe der Wissenschaftler war es, auf die eingeleiteten Effektivierungsmaßnahmen zu reagieren. Man setzte mittlerweile nicht mehr nur auf reine Absprachen und suchte Doppelforschung zu vermeiden. Rationalisierung war das neue Schlagwort. Damit standen die Veränderungen der bundesgeförderten Ost(europa)forschung freilich im Trend damaliger politischer und auch wissenschaftlicher Debatten zur effektiveren Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft im Allgemeinen.²¹

Das Prozedere der vor allem politischen Bemühungen um Rationalisierung der Forschungsinitiativen wiederholte sich in den 1990er Jahren in noch drastischerem Maße. Erneut hatten sich die inhaltlichen Fragen der Forschung und auch der Politik gewandelt. Die Bemühungen zeigen aber, dass man an der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den bundesgeförderten Osteuropaforschungsinstituten und der Politik festhielt. Der Weg führte von direkter, persönlicher Kommunikation in der Anfangszeit über institutionalisierte Formen in den 60er und 70er Jahren wieder zurück zum persönlichen Dialog innerhalb eines bestimmten institutionellen Rahmens. Der Umzug der vergrößerten SWP nach Berlin, aber auch die Auflösung des Koordinationsausschusses, des Interministeriellen Ausschusses Osteuropaforschung sowie des Ständigen Sekretariats zeigen, dass man die Bedeutung des persönlichen Austausches wieder entdeckt hat. Der Dialog der 90er Jahre wurde zudem massiv durch wissenschaftsinterne Debatten ungekannten Ausmaßes behindert. Zwar gab es bereits Ende der 60er Anfang der 70er Jahre einen fachinternen Schlagabtausch, der verbunden war mit einer generellen Debatte zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik und zur Rolle von Politikberatung. Dies hatte aber nicht zur Folge, dass die Disziplin sich, wie in den 90er Jahren, selbst in Frage stellte. Der Dialog der 90er Jahre wurde allerdings durch wissenschaftsinterne Debatten zur Standortfrage der Osteuropaforschung, die bis zur Infragestellung der eigenen Disziplin reichten,²² beeinträchtigt.

So ist, wie eingangs aufgeworfen, die deutsche Osteuropaforschung noch immer wie wohl kaum eine andere Wissenschaft von wissenschaftlichen und politischen Umtrieben gekennzeichnet. Sie kann sich der Aufmerksamkeit von Seiten der Politik sicher sein, obgleich sich die Spielarten dieser Wachsamkeit von einer Begünstigung der Ost(europa)forschungsstrukturen bis hin zu ihrer Marginalisierung in den drei Entwicklungsstufen der bundesgeförderten Ost(europa)forschung stetig wandelten.

1 Siehe u. a.: Friedrich Kuebart: Zur Entwicklung der Osteuropaforschung in Deutschland bis 1945, in: *Osteuropa*, 8/9, 1975 (25), S. 657–672; Christoph Kleßmann: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“*, B7, 1984, S. 33–45; Michael Burtleigh: *Germany turns eastwards. A study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988; Walter Schlesinger: Die mittelalter-

liche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 3, 1997, S. 427–457; Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Ingo Haar: *Historiker im Nationalsozialismus: Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstums-kampf“ im Osten*, Göttingen 2000; Winfried Schulze u. Gerhard Oexle (Hrsg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2004; Eduard Mühle: *Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 2, 2001, S. 256–275.

- 2 Hierzu ein interessanter Beitrag von Jörg Hackmann: „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Westfälische Forschungen*, 1996, S. 232–258.
- 3 Sitzung ostdeutscher und an ostdeutschen und osteuropäischen Forschungen beteiligter Forscher im Rahmen des deutschen Historikertages München am 15.9.1949. Akten des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates (HFR), DSHI 200, Gründung des HFR 1949–April 1950.
- 4 Brief Werner Markert an Otto Schiller, 28.1.1951. Akten der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung (AfO) Tübingen, Ordner DGO, Stuttgart, Prof. Markert privat.
- 5 67. Mitteilung an den Vorstand des HFR, Erich Keyser: Die neue deutsche Ostforschung, Akten des HFR, DSHI 200, Vorstandssitzungen des HFR.
- 6 Brief Schillers an Markert 20.2.1950, Akten AfO, Ordner HI (Herder-Institut Marburg) – JGHFOR (HFR) 1954–1959; Gerhard Seewann: *Das Südost-Institut 1930–1960*, in: Gerhard Seewann u. Mathias Beer (Hrsg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen*, München 2004, S. 71–110.
- 7 Bericht des Abgeordneten Willy Brandt vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages, 18.2.1957.
- 8 Vermerk über die Rücksprache von Aubin und Keyser mit dem Bundesminister Kaiser und Oberregierungsrat von Zahn am 25.5.1951. Akten des HFR, DSHI 200, Vorstandssitzungen des HFR.
- 9 Als am öffentlichkeitswirksamsten gilt nach wie vor der Antrag der Fraktion der Deutschen Partei im Deutschen Bundestag betr. Pflege der Kenntnisse über die deutschen Ostgebiete, Osteuropa und Südosteuropa, 1. Wahlperiode, Drucksache 3196. Im Zusammenhang mit diesem Antrag kam es zur Gründung eines Unterausschusses „Ostforschung“ des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.
- 10 Aktenvermerk betr. Rücksprache Prof. Aubin und Erich Keyser mit Dr. Kossmann in Bonn am 25.5.1951. Akten des HFR, DSHI 200, Vorstandssitzungen des HFR.
- 11 Brief Prof. Dr. Hermann Aubin an Staatssekretär Dr. O. Schreiber, 3.12.1949. Akten des HFR, DSHI 200, Verkehr mit Bonner Ministerien, Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen.
- 12 Niederschrift über die Besprechung beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen über Fragen der Ostforschung am 4.4.1950. Akten des HFR, DSHI 200, Verkehr mit Bonner Ministerien.

- 13 Siehe hierzu u.a.: Stefan Creuzberger und Jutta Unser: Osteuropaforschung als politisches Instrument im Kalten Krieg, in: Osteuropa, 8/9, 1998 (48), S. 849–867.
- 14 Bundeshaushaltsplan des Jahres 1954, Erläuterungen zum Titel 620.
- 15 Aus dem Landesdienst Bayern der Deutschen Presseagentur, „Moskau erzwingt Auflösung von Instituten“ 17.1.1972. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bayerische Staatskanzlei, Bd. 16955.
- 16 Roderich Schmidt: Herder-Forschungsrat und Herder-Institut, in: Johann-Gottfried-Herder-Institut (Hrsg.): Probleme der Ostmitteleuropaforschung, Rückblicke und Ausblicke auf die Arbeiten von J.G. Herder-Forschungsrat und J.G. Herder-Forschungsinstitut, Marburg/ Lahn 1975, S. 35–43.
- 17 Siehe zu diesem Vorgang unter anderem die Aktenbände 38929, 71053, 71054 aus dem Bestand B 106 des Bundesarchivs Koblenz.
- 18 Markus Wehner: „Was brauche ich die, ich habe doch den Steiner“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1999.
- 19 Siehe hierzu unter anderem Stefan Creuzberger, Ingo Mantefel, Alexander Steininger u. Jutta Unser (Hrsg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, Köln 2000.
- 20 Otto Wolff von Amerongen: Ost-West-Beziehungen neu gedacht. Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die deutsche Osteuropaforschung in einem erweiterten Europa, in: Osteuropa, 6, 1997 (47), S. 521–530; Peter Haslinger: Vor einem Paradigmenwechsel? Die Osteuropäische Geschichte und die EU-Osterweiterung, in: Osteuropa, 4, 2004 (54), S. 40–46.
- 21 Ulrich Lohmar: Wissenschaftsförderung und Politik – Beratung. Kooperationsfelder von Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Gütersloh 1967. Doris Dreitzel: Die Bundesregierung und ihre Wissenschaftler, in: Atomzeitalter. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Politik, 10, 1966, S. 295 – 299. Hannes Friedrich: Staatliche Verwaltung und Wissenschaft. Die Rolle der wissenschaftlichen Beratung aus der Sicht der Ministerialbürokratie, in: Atomzeitalter. Zeitschrift für Sozialwissenschaft und Politik, 10, 1966, S. 300 – 306. Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt am Main 1968. Arnd Morkel: Politik und Wissenschaft. Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Beratung in der Politik, Hamburg 1967.
- 22 Hier vor allem der viel beachtete Aufsatz von Jörg Baberowski: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in: Osteuropa, 8/9, 1998, S. 784 – 799.



Thekla Kleindienst, M. A., Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie; Doktorandin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, seit 2003 Stipendiatin des Cusanuswerks. Dissertationsthema: „Die bundesdeutsche Ost(europa)forschung: Aufbau, Entwicklung und Umbrüche“ (Arbeitstitel).
E-Mail: thekla.kleindienst@gmx.de.